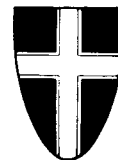


3/SN 101/ME

AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-504-2/88

Wien, 14. März 1988

Vertragsbedienstetengesetz 1948;
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Vertragsbedienstetenge-
setz 1948 (39. Vertragsbedienste-
tengesetz-Novelle) und die Bundes-
forste-Dienstordnung 1986 geändert
werden;

Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	17 - GE 988
Datum:	16. MRZ. 1988
Verteilt:	16.3.1988 R. ...

An das

Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25
Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten
Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 42800-2143

MD-504-2/88

Wien, 14. März 1988

Vertragsbedienstetengesetz 1948;
Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Vertragsbediensteten-
gesetz 1948 (39. Vertragsbedien-
stetengesetz-Novelle) und die
Bundesforste-Dienstordnung 1986
geändert werden;
Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme

zu GZ 921 010/1-II/A/1/88

An das
Bundeskanzleramt

Zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf nimmt das Amt der
Wiener Landesregierung wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 13:

Anzumerken ist, daß die Neuformulierung und die Erläuterungen zu
dieser Bestimmung offensichtlich die im Entwurf einer 47. Ge-
haltsgesetz-Novelle (Bundeskanzleramt vom 12. Februar 1988,
GZ 921.000/3-II/A/1/88) vorgesehenen Änderungen des § 27 Gehalts-
gesetz 1956 nicht berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang soll auch auf die Problematik des § 35
Abs. 7 VBG verwiesen werden. Nach dieser Bestimmung hat eine Ver-
tragsbedienstete, die gemäß § 35 Abs. 3 Z 1 VBG gekündigt hat und

- 2 -

innerhalb von sechs Monaten in ein Dienstverhältnis zu einer anderen inländischen Gebietskörperschaft aufgenommen wird, die erhaltene Abfertigung dem Bund zurückzuerstatten. Da es aber landesgesetzliche Regelungen gibt (zB § 43 Abs. 5 Z 3 der Vertragsbedienstetenordnung 1979, LGB1. für Wien Nr. 20), die vorsehen, daß eine Anrechnung von Zeiten eines früheren Dienstverhältnisses für die künftige Abfertigung nur erfolgt, wenn eine bei Beendigung des früheren Dienstverhältnisses erhaltene Abfertigung der Gebietskörperschaft, bei der das neue Dienstverhältnis entsteht, rückerstattet wird, hätte die Vertragsbedienstete die Abfertigung sowohl dem früheren als auch dem neuen Dienstgeber zu erstatten, will sie die Vordienstzeiten für den künftigen Abfertigungsanspruch wahren. Es wird vorgeschlagen, in diesen Fällen die Rückzahlungsverpflichtung gegenüber dem Bund entfallen zu lassen.

Ergänzend wird angeregt, aus gegebenem Anlaß zur Klarstellung in das Vertragsbedienstetengesetz 1948 eine Verjährungsbestimmung entsprechend dem § 13 b Gehaltsgesetz 1956 aufzunehmen.

Im übrigen bestehen gegen den vorliegenden Gesetzentwurf keine Bedenken.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor